



Sender

Sonderausgabe

HERAUSGEBER: SED BETRIEBSPARTEIORGANISATION

Nr 4/53

Donnerstag, den 2.7.1953

Internationale Solidarität.

Bei allen friedliebenden Menschen in der Welt haben die Provokationen der Kriegstreiber vom 16. und 17. Juni grosse Empörung ausgelöst.

MOSKAU. Die Werktätigen des Moskauer Stalin-Automobilwerkes schreiben in ihrem Aufruf, "An die Berliner Arbeiter:" " In diesen für das deutsche Volk schweren Tagen bringen wir die rückhaltlose Solidarität mit der Arbeiterklasse und mit allen Werktätigen Deutschlands zum Ausdruck und sind gemeinsam mit ihnen überzeugt, dass die Provokation in dem demokratischen Sektor Berlins das Werk der Hände jener ist, die eine friedliche Lösung der deutschen Frage fürchten..."

BUKAREST. In der Versammlung des Bekleidungswerkes "Gh. Gheorghiu Dej" stellte die Arbeiterin Theodora Mamara im Namen der gesamten Belegschaft fest, dass sich die rumänischen Wertätigen mit dem deutschen Volk und mit seinem Kampf für ein vereintes, demokratisches und friedliebendes Deutschland solidarisch er-

klären.

PARIS. "Die Niederschlagung des Putschversuches hat die Chancen ^{des} Friedens gerettet und die Manöver der Kräfte zu Fall gebracht, die Deutschland zu einem zweiten Korea machen wollten," heisst es in einem Solidaritätsschreiben des französischen Verbandes der antifaschistischen Widerstandskämpfer.

PRAG. Eine freiwillige Friedensschiicht leisteten am Sonntag die Kumpel von fast 30 Gruben des nordböhmischen Braunkohlenreviers als Antwort auf die Ermordung des Ehepaars Rosenberg und die Verbrechen der faschistischen Provokation im Demokratischen Sektor von Berlin.

Kritik hat geholfen.

Auf der Versammlung des Ofen- und Maschinenbaus wurde u. a. kritisiert, dass der HO Kiosk erst um 12.00 Uhr geöffnet ist, die erste Pause aber bereits 10 Minuten vor 12 Uhr beginnt. Wie wir vom Kollegen Stürmer erfahren, wird der HO Kiosk in Zukunft entsprechend der Pausen geöffnet sein.

Der Teilkonstrukteur Kollege Glander als ehemaliger Feinmechaniker sagt: "Gegen die Demonstration an sich habe ich nichts einzuwenden. Ich habe selbst daran teilgenommen, um der Regierung ganz eindeutig zu zeigen, dass es so nicht weiter geht. Als ich aber am Alexanderplatz stehend, mich mit einem Volkspolizisten unterhaltend, sah, wie die Scheiben zertrümmert wurden, konnte ich mich damit nicht einverstanden erklären. Wenn im Leben einer ein Haus ansteckt, wird er bestraft, also war mir klar, dass hier strafbare Handlungen geschehen, mit denen ich nichts zu tun haben wollte und bin nach Hause gegangen. Erst am Abend als ich von den Banditenstücken, Bränden und Überfällen hörte, wurde mir klar, dass die Werktätigen und auch ich von den Agenten missbraucht worden waren. Aber wie konnte das passieren?" Er sagte weiter: "Ich bin überzeugt davon, dass die Entwicklung der Industrie als Grundlage für ein schnelleres, besseres Leben grosse Erfolge gezeitigt hätten. Die Agenten aber konnten nur Boden finden, weil einmal, wie Otto Grotewohl sagt, sich viel Zündstoff angesammelt hatte und der besteht darin, weil die Werktätigen sich noch zu wenig mit der Politik beschäftigen, um alle Massnahmen der Regierung zu verstehen. Und nicht zuletzt, weil die Funktionäre der Partei keine Ver-

bindung mehr mit den Massen hatten. Es kommt jetzt darauf an, das Vertrauen der Massen zur Partei wieder zu gewinnen. Es gehört nur ein etwas besseres und munteres Leben dazu. Ich bin der Meinung, dass der Partei das gelingt, umso mehr da es eine Arbeiterpartei ist. Kurt Rausch
Für die Richtigkeit:
Adolf Glander

Auf einer Versammlung, wie sie jetzt in allen Abteilungen stattfinden, meinte ein Kollege: "Man sollte keine Versammlungen durchführen, damit sich die unzufriedenen Kollegen nicht hervorheben."

Viele unserer Kollegen waren unzufrieden mit einigen Massnahmen von der Partei und der Regierung. Ihre berechnete Unzufriedenheit wurde von Agenten und Provokateuren dazu missbraucht, einen faschistischen Putschversuch zu organisieren. Muss man darüber nicht sehr eingehend mit allen Kollegen sprechen? Viele Kollegen sind sich über die Hintergründe dieser Provokation im unklaren. Ihnen kann nur durch eine offene Aussprache Klarheit verschafft werden. Partei und Regierung wollen ein neues Vertrauensverhältnis zwischen allen Teilen der Bevölkerung schaffen. Dazu aber muss über alle Fragen offen gesprochen werden. Nur so können Fehler schnell beseitigt werden. Nur so wird jeder Kollege verstehen, warum die Ereignisse des 17. Juni zu einer Gefahr für den Frieden wurden.